

Anhörung zur Umsetzung der GAP im Deutschen Bundestag 07.06.21: Stellungnahme von Reinhard Jung FREIE BAUERN

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FREIEN BAUERN, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, lehnen die Gesetzentwürfe der Bundesregierung für die nationale Umsetzung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik ab.

Zu den großen Fragen unserer Zeit – Bauernhöfe oder Agrarkonzerne sowie das Verhältnis von Landwirtschaft und Naturschutz – tragen diese Entwürfe nichts bei. Deshalb sehen Sie es mir bitte nach, wenn ich sie hier nicht im einzelnen kritisiere, sondern die Defizite grundsätzlich benenne.

1. zu den Direktzahlungen: Wir haben in Ostdeutschland ein Riesen-Problem mit dem Ausverkauf der Landwirtschaft an überregionale Investoren. Laut Thünen-Studie von 2017 werden inzwischen rund 20 Prozent der Fläche von solchen Heuschrecken bewirtschaftet.

Die Bundeslandwirtschaftsministerin hat die ostdeutschen Landesregierungen mehrfach angemahnt, diesem Ausverkauf über die Gesetzgebungskompetenz im Bodenrecht den Riegel vorzuschieben, wohl wissend, dass staatliche Regelungen in diesem Bereich sehr engen verfassungs- und europarechtlichen Grenzen unterliegen. Gleichzeitig hätte sie mit den Direktzahlungen weitaus größere Spielräume für politische Einflussnahme – Haushaltspolitik statt Ordnungspolitik – lässt diese aber komplett ungenutzt. Das ist völlig unglaublich, bestätigt aber leider den Eindruck, den wir in den letzten vier Jahren von Julia Klöckner gewinnen durften.

Wir haben in zahllosen Gesprächen mit Abgeordneten der Regierungskoalition, lange und intensiv vor allem mit Herrn Staatssekretär Feiler, unsere Vorschläge für eine agrarstrukturelle Ausrichtung der Direktzahlungen erörtert. Zunächst bezogen auf die Kappung: Da haben wir gesagt die Eigentümer ortsansässig und keine Stichtagsregelung, so dass die Betriebe sich jederzeit anpassen können. Danach bezogen auf die Umverteilung: Da haben wir gesagt orientiert am Durchschnitt im Haupterwerb, begrenzt auf ortsansässige natürliche Personen analog zur Junglandwirteprämie. Ich muss mich wegen der 3 Minuten auf diese Stichworte beschränken, würde Ihnen aber in der Fragerunde sehr gern unsere detailliert ausgearbeiteten Vorschläge im einzelnen darstellen.

Jedenfalls wurde keiner unserer Vorschläge auch nur ansatzweise in Erwägung gezogen. Vielmehr hat sich die Bundesregierung in dieser Frage zu 100 Prozent an den Bauernverband gehalten, und der hat – wie wir alle wissen – überhaupt kein Problem mit dem Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft an das westdeutsche Großkapital. Seine Funktionäre profitieren ja davon.

2. zur grünen Architektur der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik: Dass das System erneut komplizierter und bürokratischer geworden ist, war für uns keine Überraschung. Unsere Kritik richtet sich vor allem gegen die Maßnahmen zur Reduzierung der Landwirtschaft: 3 Prozent unproduktive Fläche als Bedingung

für die Direktzahlungen, dazu über die Ökoregelungen in der ersten Säule und die Agrarumweltprogramme in der zweiten Säule vielfältige weitere Anreize für Flächenstilllegung. Das passt zu Düngeverordnung und Insektenschutzprogramm, wo Reduzierungen in so genannten roten Gebieten, in FFH-Gebieten und an den Gewässerrändern zwangsweise angeordnet werden ... alles zusammen und noch ein paar neue Häuser und Straßen, die keiner braucht, und am Ende des Tages liegen wir bei einer Größenordnung von 2 bis 3 Prozent weniger landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland. Passt wunderbar zu CETA, TTIP und Mercosur, ist aber das genaue Gegenteil von Klimaschutz oder Biodiversität.

Auch hier zu unseren Vorschlägen nur Stichworte: Wir hatten eine Verdichtung des Biotopverbundsystems aus Gehölzstreifen und Wasserläufen vorgeschlagen – braucht wenig Fläche und hat großen Nutzen – sowie eine deutliche Verringerung der Einfuhren an Soja und Palmöl. Damit würden sich viele Probleme in Luft auflösen, dagegen stehen allerdings – das wissen wir auch – die Interessen der exportorientierten Industrie.

Was also tun mit den Gesetzentwürfen?

Ich kann Ihnen nicht dazu raten, diesen zuzustimmen. Sie stehen ohnehin unter dem Vorbehalt der Trilog-Ergebnisse. Ich würde mir wünschen, die Offenheit in Brüssel zu nutzen, um wesentliche Korrekturen zugunsten einer bäuerlichen Landwirtschaft zu erreichen. Lieber noch ein Jahr Verlängerung für die bisherige Verfahrensweise und dann eine Agrarreform, die den Namen verdient.

In einem Jahr haben wir eine neue Bundesregierung, höchstwahrscheinlich eine andere Bundesregierung, vielleicht sogar eine bessere Bundesregierung. Neues Spiel neues Glück. Ich weiß nicht, wer von Ihnen noch dabei sein wird – wir sind auf jeden Fall noch da in einem Jahr und bieten allen die Zusammenarbeit an, denen es um die bäuerliche Landwirtschaft geht.